

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 60 Rpf., bei Lieferung frei Haus 65 Rpf. Postbezug monatlich 2.50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsausgabe für Abholer täglich 5-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 4 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimattell, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. — D. N. X.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 500

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 276

Sonnabend, den 26. November 1938

90. Jahrgang

Moskaus Heße klar erkannt

Französische Abgeordnete fordern energisches Vorgehen gegen die Streitagitatorien ausländischen Ursprungs

In gutunterrichteten Kreisen verlautet, daß die Regierung beabsichtigt, jeden Beamten, der den als politisch betrachteten Streik mitmacht, sofort zu entlassen. Ministerpräsident Daladier hatte Freitag nachmittag eine längere Beratung mit dem Polizeipräsidenten von Paris, ferner mit dem militärischen Befehlshaber des Gebietes der Hauptstadt. Weitere Besprechungen führte Daladier mit dem Arbeitsminister und dem Rabinetschef des Innenministers. In Marseille ist eine für Sonnabend nachmittag vorgesehene Kundgebung der Gewerkschaften vom Präsidium verboten worden.

Die in erster Linie von ausländischer Seite geführte kommunistische Streikheße hat verschiedene Abgeordnete veranlaßt, die Regierung auf die Notwendigkeit schärferer Maßnahmen gegen die im Solde Moskaus stehenden Agitatoren hinzuweisen.

So richtete der Abgeordnete der Republikanischen Vereinigung, du Quart, an Daladier ein Schreiben, in dem

er mitteilt, daß in verschiedenen Städten Maueranschläge angebrocht worden seien, die die Bevölkerung gegen die Regierung aufheizen.

Der radikalsoziale Abgeordnete und frühere Minister Leon Mayer erklärte, daß die öffentliche Meinung die energische Aktion der Regierung vollkommen billige. Es handle sich weniger um die Notverordnungen als um eine politische Agitation mit dem Ziel, die Regierung zu stürzen und an ihrer Stelle eine Diktatur der extremen Linken zu errichten.

Wenn der Ministerpräsident energisch bleibe, werde er das Land retten. Der radikalsoziale Abgeordnete Louis Aubert schließlich stellt fest, daß sich die Regierung im Gegensatz zu Behauptungen der Sozialdemokraten sehr wohl auf die Mehrheit in der Kammer und im Lande stütze. Wieder einmal heizen die Kommunisten; da sie ihren auswärtigen Krieg verfehlt hätten, bereiten sie den Krieg im Innern vor.

kauf hat, die des Polizeibeamten, der die Verhaftung des Mörders vornahm, und die des Angestellten der Deutschen Botschaft, der ihn einließ. Alle drei Aussagen erklären, daß der Mörder eine staunenswerte Ruhe an den Tag legte. Herschel Grünspan versuchte das so darzustellen, als habe er große Anstrengungen gemacht, um „den Zustand äußerster Nervosität zu verheimlichen“, in dem er sich befunden habe.

Der Untersuchungsrichter wollte sodann wissen, warum Herschel Grünspan den kürzesten Weg zur Botschaft nahm, gerade so, als ob er seine ganze Kaltblütigkeit besäße, worauf er zur Antwort erhielt: „Ich war schon einmal zur Deutschen Botschaft gegangen, indem ich denselben Weg einschlug, der mir in Erinnerung geblieben ist. Ich habe dies alles getan, wie jemand, der schläft, und ich bin erst wieder erwacht, nachdem ich geschossen hatte.“ So sagte Herschel Grünspan.

Hiermit war das Verhör beendet, und der jüdische Mörder wurde von den Polizeibeamten wieder ins Gefängnis zurückgebracht.

24 stündiger Generalstreik?

Scharfe Maßnahmen der Regierung vorgesehen

Der Gewerkschaftsverband der CGZ. hat einen vierundzwanzigstündigen Generalstreik für nächsten Mittwoch beschlossen. Der Vorstand der Eisenbahnergewerkschaft hat eine Entschliebung angenommen, die seine Mitglieder auffordert, dieser Parole einmütig Folge zu leisten. Auch die übrigen Gewerkschaften sollen bereit sein, den Beschluß der CGZ. zu unterstützen.

Wie der „Temps“ meldet, hat der Ministerpräsident dem Staatspräsidenten eine Verordnung zur Unterschrift vorgelegt, die nötigenfalls die Requirierung der zur Zeit wildbestrittenen Gruben und der mit ihnen zusammenhängenden Fabriken im Departement Nord gestattet. Diese Verordnung soll am Sonnabend im amtlichen Gesetzbuch erscheinen.

Im Zusammenhang mit der Sitzung des CGZ.-Vorstandes am Freitagnachmittag glaubt der „Intrançant“ berichten zu können, daß Daladier in einer Besprechung mit dem Arbeitsminister und dem Minister für öffentliche Arbeiten die Haltung der Regierung dahingehend festgelegt habe, daß eine Niederlegung der Arbeit auf den Eisenbahnen, den Autobus- und Untergrundbahnen sowie in den staatlichen Verwaltungszweigen nicht gebuldet werde. Es sei beabsichtigt, die Streikenden sofort zu mobilisieren. Gegebenenfalls würden Widerspenstige vor Militärgerichte gestellt werden.

Die „Liberté“ stellt fest, daß Ministerpräsident Daladier fest entschlossen ist, die revolutionäre Streikbewegung unter allen Umständen zu brechen. Ueber die Streiklage selbst wird Freitag abend bekannt, daß die Zahl der Streikenden im Gebiet von Valenciennes rund 51 000 betrage. Einige der polizeilich geräumten Werke sind anschließend wieder von Streikenden besetzt worden. Das Gleiche gilt für einen Teil der Eisenbahnlinie.

Inzwischen geht die Heße der Kommunisten und Marxisten unentwegt weiter. Der „Ce Soir“ spricht dabei im Zusammenhang mit den von der Regierung durchgeführten Maßnahmen gegen die von Moskaus Agenten geschürte Streikheße von einem „Unterdrückungswillen der Regierung“. Der Vorstand der kommunistischen Kammerfraktion veröffentlichte eine von Anschuldigungen und Verdächtigungen gegen die Regierung strotzende Entschliebung, während im Finanzausschuß der Kammer der Kommunist Duclos das Verlangen stellte, der Ministerpräsident solle vor dem Ausschuß erscheinen, um zur Frage der zwangsweisen Räumung der besetzten Werke Stellung zu nehmen.

Die sozialdemokratische Kammergruppe hat Freitag nachmittag eine Entschliebung angenommen, in der der Rücktritt der Regierung verlangt wird. Die Republikanisch-Sozialistische Vereinigung, die parteipolitisch zwischen den Sozialdemokraten und den Radikalsozialen

sieht und durch drei Minister in der Regierung vertreten ist, lehnte in einer Fraktionsitzung eine politische Krise ab. Arbeitsminister Pomaret erklärte, daß die Agitation wegen der Arbeitszeit völlig ungerechtfertigt sei, da in den meisten Fabriken noch die 40stündige Arbeitswoche eingehalten werde. Der Minister für öffentliche Arbeiten de Monzie bezeichnete die Erregung der Eisenbahner ebenfalls als ungerechtfertigt. Es sei nie beabsichtigt gewesen, 40 000 Mann zu entlassen. Sie sollten nur in anderen Betrieben eingestellt werden. Es handle sich jetzt um einen rein politischen Streik. Zum Schluß der Aussprache wurde die Außenpolitik der Regierung gebilligt und die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung betont.

Das Freiheitsdrama der Araber

Wie aus Jerusalem gemeldet wird, wurde eine Reihe arabischer Dörfer im Südwesten von Jerusalem am Freitag von britischen Truppen beschossen. Der Verkehr im Westen Jerusalems war infolge der Operationen, die von sieben Flugzeugen unterstützt wurden, zeitweise unterbrochen.

Nach einem beim Kolonialministerium eingetroffenen Telegramm wurde die britische Delegation nach Haifa in der vergangenen Nacht erneut angebroht, worin man wohl eine arabische Maßnahme erblicken kann. Ferner wurde bei Ramleh ein ermordeter Araber aufgefunden und in der Nähe von Raselain ein Araber durch eine Bombe getötet.

Der jüdische Mordbube Grünspan möchte „unter dem Einfluß einer Art Suggestion gehandelt haben“

Mehrständiges Verhör vor dem Untersuchungsrichter

Paris. Ueber das mehrständige Verhör des jüdischen Mordbuben Grünspan am Freitag nachmittag meldet die Habas-Agentur u. a., daß Grünspan auf die Frage des Untersuchungsrichters, wie er auf den Gedanken gekommen sei, sich in die Deutsche Botschaft zu begeben, antwortete, diese Idee sei ihm gekommen, als er das Café verließ, in das er sich nach dem Kauf des Revolvers begeben hatte. Wie er schon auf der Polizei erklärte, habe er den Revolver im Toilettenraum des Cafés geladen. „Von diesem Augenblick an habe ich“, so wendet sich Grünspan, „in allem, was ich tat, automatisch gehandelt. Schon beim Betreten des Cafés war ich unter dem Einfluß einer Art Suggestion, die mir gewisse machen meine Handlungen diktiert hat, und ich habe alles, was ich nachher tat, ausgeführt, gerade so, als ob dies in einem Hypnose-Zustand geschah.“

Der Untersuchungsrichter verlas sodann die Aussagen des Waffenhändlers Grape, bei dem Grünspan den Revolver ge-

Wie wählt der Sudetendeutsche?

Das Reichsgesetzblatt Nr. 196 bringt eine Durchführungsverordnung des Reichsinnenministers zum Gesetz über die Ergänzungswahlen zum Großdeutschen Reichstag, in der auch der amtliche Wahlzettel bekanntgegeben wird. Der Wahlzettel hat folgenden Wortlaut:

Sudetendeutsche Ergänzungswahl zum Großdeutschen Reichstag

Wahlzettel

Bekennst Du Dich zu unserem Führer

Adolf Hitler

dem Befreier des Sudetenlandes, und gibst Du Deine

Stimme dem Wahlvorschlagn der

Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei?

Dieser führt an seiner Spitze folgende Namen auf:

1. Adolf Hitler
2. Konrad Henlein
3. Karl Hermann Frank

Ja

Nein

Weiter enthält diese Verordnung Bestimmungen über die Teilnahme der im Ausland lebenden Sudetendeutschen, denen — wie auch bei den früheren Reichstagswahlen üblich — die Teilnahme an der Wahl ermöglicht wird. Zu diesem Zwecke werden auf folgenden Ubergangsbahnhöfen des Altreichs, des Landes Oesterreich und der südetendeutschen Gebiete Wahllokale eingerichtet (Stimmabgabe im Reiseverkehr): Nachen Hof, Crannenburg, St. Ehlau, Emmerich, Eydttuhnen, Freiburg (Br.), Friedrichshafen (Hafenbahnhof), Groß-Boschhof (Bommern), Kehl, Konstanz, Lindau, Marienburg, Neubentzen, Tilsit, Trier, Lundenburg, Engerath, Bruck a. d. Leitha, Bruck-Neudorf, Radlersburg, Spielfeld, Willach, Weiburg, Feldkirch, Lustenau, Jennerdorf, Sillian, Steinach a. Br., Wien (Eld., Ost-, Nord-, Franz-Joseph-Bahnhof).

Die wahlberechtigten im Ausland lebenden Sudetendeutschen können auf Grund von Stimmschein wählen, die entweder von den diplomatischen oder konsularischen Vertretungen des Reichs im Ausland oder auch bis zum letzten Tage vor der Wahl von den größeren Gemeinden im Inland ausgestellt werden.